

## Die SED hat die Jugend verloren

### Kaderstatistik gibt Aufschluß — „Jugendausschüsse“ als Ausweg

Die SED hat in den letzten Monaten nicht nur an innenpolitischem, sondern auch an innerparteilichem Einfluß schwer eingebüßt. Am härtesten aber muß sie der Verlust der Jugend treffen. Die ganzen Jahre lebte die SED in der Hoffnung, durch die von ihr erzogene und einseitig geförderte Jugend eine Umerziehung der Zonenbevölkerung zu erreichen. Die „Alten“, Skeptiker, Zweifelnden und politischen Gegner würden — so glaubte sie — mit der Zeit aussterben und die von der SED erzogenen Jugendlichen würden das erreichen, was die Partei seit 1945 nicht vermochte. Daß dies ein gefährlicher Trugschluß gewesen ist, darf die SED in diesen Tagen konstatieren.

Ende April wurde die Kaderstatistik des Vorjahres von der Ostberliner SED-Bezirksleitung fertiggestellt. Daraus geht vielleicht erstmalig der ganze Umfang der Überalterung des SED-Apparates hervor. Gegenüber 1954 ist das Durchschnittsalter der Ostberliner SED um fast 5 Jahre gesiegen.

70 Prozent der Parteiausschlüsse betreffen Mitglieder unter 26 Jahren. Nur 28 Prozent der die Volljährigkeit erreichenden FDJ-Mitglieder sind zur Partei übergetreten. Von den übergetretenen gehört die Mehrzahl als hauptamtlich bezahlte Funktionäre weiter zur FDJ.

### Arbeitsscheu wird gefördert

Solche Zahlen bedeuten viel, weil es keine offenen Statistiken gibt. Ihre Auswirkungen zu erkennen, bedarf geringer Phantasie. Für die Mehrzahl der Jugendlichen ist die politische Tätigkeit mit Erreichung der Altersgrenze in der FDJ beendet. Sie bleiben noch eine Weile „ewige FDJler“, um sich dann anderen Interessen zuzuwenden. Wer zur SED übergeht, tut dies aus karrieristischen Gründen. Die SED nimmt jeden jungen Funktionär sofort in eine wichtige Position. Sie gibt ihm alle Chancen, ganz gleich, ob diese gerechtfertigt sind. Lieber läßt sie einen jungen Landarbeiter durch viel-

fache kostspielige Schulung für einen Posten „qualifizieren“, als ein „klassenfremdes Element“ an dieser Stelle einzusetzen.

Es ist eine Tatsache, daß gut die Hälfte aller zur SED übertretenden FDJler ihre bisherige Arbeit aufgeben, um nach oft langjähriger Schulung einen ruhigeren und einträglicheren Posten einzunehmen. Da aber auch im kommunistischen Staat schließlich ehrlich gearbeitet werden muß, scheiden sich die Geister in arbeitsscheue Funktionäre und in solche Mitmenschen, die das Geld für diese Funktionäre miterarbeiten müssen. Es wäre viel verlangt, wollte man von diesen Arbeitenden dann noch politische Betätigung erwarten.

### Funktionär als Beruf

Wohin das geführt hat, zeigt die FDJ. 8 FDJler ernähren heute einen hauptamtlichen FDJ-Funktionär. Ein jugendlicher Arbeiter oder Angestellter, der einmal einen geringen Posten im Jugendverband innehat, und sei es ein kleiner Kreisinstrukteur, ist für die Produktion verloren. Sein Lebensberuf ist Funktionär. Die Arbeitsbücher dieser Funktionäre — wenn man die Kaderlaufbahn als solche bezeichnen will — lassen nur noch ein Kopfschütteln zu. Diese ewigen

Funktionäre nehmen jeden Posten an, werden auf die verschiedenartigsten Aufgaben angesetzt. Sie verstehen alles und gar nichts, ihr Lebensziel bleibt die Dienstreise mit dem EMW und das Faulenzurleben des inspizierenden Instrukteurs.

Daß diese Kategorie keine politische Dynamik entwickeln kann, liegt auf der Hand. Aber etwas anderes kommt seit einigen Monaten hinzu. Seit die stalinistische Erziehung Zug um Zug revidiert werden muß, fühlen sich die wenigen ehrlich glaubenden Jungkommunisten erstmalig betrogen. Soweit sie sich nicht offen dazu äußern — und es herrscht in diesen Tagen viel Offenheit, die von der Partei geschluckt werden muß —, lassen sie ihre politische Arbeit im Stich. Und dabei sind nur sie es, die den politischen Nachwuchs heranziehen. Das beginnt mit der FDJ-Arbeit in der Kinderorganisation „Junge Pioniere“ und endet mit dem Erliegen jeglicher organisatorischen Jugendarbeit.

### Was sind

### „Jugendausschüsse“?

Die SED hat dies rechtzeitig erkannt und umzuschalten versucht. Überall werden in diesen Tagen „Jugendausschüsse“ gebildet. Diese leiten ihre Tradition aus den ersten Monaten nach 1945 her, als Zehntausende antifaschistischer Jugendlicher begeistert etwas Neues schaffen wollten. Heute sind diese Ausschüsse eine Tarnung für die FDJ-Werbung. Wer in einen „Jugendausschuß“ geht, muß morgen zwangsläufig in die FDJ, von dieser in die GST und von dort zur „Nationalen Volksarmee“. Und daß die SED Blutspender benötigt, dürfte außer Zweifel stehen.



## Wandlung ist nicht Verwandlung

DT. In diesen Tagen haben die ersten sowjetischen Einheiten, die im Rahmen der von Moskau verkündeten Heeresverminderung die Zone verlassen sollen, die Rückfahrt in Richtung Heimat angetreten. Sie sind nach den kommunistischen Berichten von der Bevölkerung — „Betriebsdelegationen und Schulkindern“ — freundlich verabschiedet worden. Über die gelenkte Freundlichkeit hinaus sind sie wahrscheinlich sogar freudig verabschiedet worden. Das liegt in der Natur der Sache. Fremde Truppen werden nämlich immer und überall — Ausnahmen bestätigen nur die Regel — lieber auf der Abfahrt als auf der Anfahrt gesehen. Das gilt besonders dann, wenn sie die Wächter der gewalttätigen Spaltung des Landes gewesen sind, das sie verlassen. Wir wünschen den 30 000 sowjetischen Soldaten, die nun aus der Zone zurückgezogen werden, eine friedliche Zukunft. Mit diesem Wunsch denken wir auch an unsere eigenen Interessen. Uns allen und der starken sowjetischen Armee, die noch in dem mitteldeutschen Raum zurückbleibt, wünschen wir, daß auch sie bald die fremden Quartiere verläßt. Das wäre die glückliche Stunde, in der diese Armee aufhören würde, den mitten durch Deutschland verlaufenden Eisernen Vorhang und eine volksfremde Regierung zu bewachen. Beide werden dann im Einklang sowjetischen Willens zur Verstärkung und deutschen Willens zur Wiedervereinigung endgültig verschwunden sein. Die schönere Welt, die einer solchen Friedenstat folgen könnte, gerade auch zwischen dem deutschen und dem russischen Volke, wird auch auf Moskau einmal ihren Reiz ausüben.

### Was ist hier Wahrheit?

Noch ist es nicht soweit. Noch ist die sowjetische Politik eine etwas rätselhafte Unbekannte, die man durch Besuche, Gespräche, Erkundungen und Erprobungen näher zu ergründen sucht. Das Rätsel findet zwar viele Lösungen, aber schließlich

gibt es doch nur eine Wahrheit. Wie aber sieht die Wahrheit aus, die hinter den schönen Schleieren der sowjetischen Propaganda verborgen bleibt? Sicher, wenn man alles zusammenfaßt, was Moskau im Zeichen des „Neuen Kurs“ unternommen hat, dann ergibt sich ein neues Bild — vom österreichischen Staatsvertrag über die Versöhnung mit Tito und die Verwerfung Stalins bis zum Anlauf einer neuen Gesetzlichkeit, deren Mangel an humaner Objektivität allerdings noch im Beiwort „sozialistisch“ zum Ausdruck kommt.

Es wäre unklug und ungerrecht, diese Veränderungen einfach zu übersehen oder zu sagen, das sei zwar schön und gut, aber doch nur ein zur Ablenkung und Täuschung der Welt vorgespieltes Theater; in Wirklichkeit habe sich nichts geändert. Doch die Welt ändert sich immer, wir sehen das mit unseren eigenen Augen. Auch Form und Inhalt einer noch so harten Diktatur sind von diesem ewigen Gesetz nicht ausgenommen. Das Interesse aller freien und noch mehr der moskauhörigen Völker an einer Änderung der sowjetischen Politik ist im übrigen so groß, so lebendig und aus eigener Not auch so ehrlich, daß wir mit Ernst bemüht sein sollten, die Wahrheit zu erkennen und entscheidende Fortschritte auch zu würgen.

Aber wir sollten uns, wenn wir die Anfänge einer neuen sowjetischen Politik wahrzunehmen glauben, auch davor hüten, in einer Anwendung von Vertrauensseligkeit das gute Ende vorwegzunehmen und es vorschubweise gleich mit dem höchsten Preis zu honorieren. Es mag sein, daß gewisse Veränderungen der sowjetischen Haltung, die wir seit einem Jahr beobachten, tatsächlich die Anfänge einer Wandlung sind. Manches spricht dafür, nicht zuletzt auch die überlieferte Erfahrung vom Werden und Vergehen menschlicher Einrichtungen und staatlicher Systeme. Diese Wandlung wird dann allerdings noch sehr viel Zeit benötigen, um sich in der Tiefe und Breite des sowjetischen Staatswesens

und in der Weite seiner internationalen Politik auszuwirken.

Eine Wandlung ist noch nicht die Verwandlung, deren die sowjetische Politik bedarf, um in der Welt gütiges und endgültiges Vertrauen zu finden. Wenn die Sowjets von der unbekanntem Gesamtstärke ihrer militärischen Macht 1,2 Millionen Soldaten abbauen, dann kann man daraus sicher auf die enorme Höhe ihrer Truppenzahl, aber kaum darauf schließen, daß das, was nach diesem Abbau an sowjetischer Heeresstärke noch bleibt, uns der nationalen Pflicht enthebt, mit unseren Freunden auf die gemeinsame Sicherheit bedacht zu sein.

In einer Zeit, in der wir einen noch unvollkommenen Frieden nur deshalb genießen, weil die Mächtigen vor dem furchtbarsten aller Kriege zurückerschrecken, ist Schwäche sicher kein Abschreckungsmittel. Auch die gegenseitige Abschreckung, von der wir heute friedlich leben, bedarf des guten Gleichgewichts, um wirksam zu bleiben. Man sollte also das, was an der sowjetischen Entwicklung im Sinn internationaler Entspannung und innerer Liberalisierung erfreulich ist, sachlich anerkennen und durch elastische Reaktion zu fördern suchen; aber man sollte das Neue zugleich auch nüchtern abwägen gegen das, was als Sorge und Gefahr weiter wirksam bleibt. Daß in der Haltung des Westens diese beiden Elemente nicht genügend vertreten und ausgeglichen sind, das wird ihm heute in wachsendem Maße zum Vorwurf gemacht. Mit dem Vorwurf verbunden ist die berechtigte Forderung nach einer größeren Beweglichkeit und einer geschickteren Anpassung an den veränderten Rhythmus der sowjetischen Politik.

Was aber als Sorge und Gefahr in jedem Falle wirksam bleibt, das ist vor allem die kommunistische Doktrin, deren neue Fassung Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU so bereit entwickelt hat. In ihrer Mitte steht noch immer der Wille zum Sieg und Triumph des Kommunismus über die nichtkommunistische Welt. Zwar hat Chruschtschow eingeräumt, daß es zu diesem Ziele

(Fortsetzung auf S. 7)



## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni  
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Zum Tag der deutschen Einheit

Die Feiern am 17. Juni

Bonn (AP). Die Bundesregierung begehrt den Tag der deutschen Einheit auch in diesem Jahr mit einer Feierstunde am 17. Juni im Plenarsaal des Bundestages. Wie das Bundesinnenministerium am Dienstag mitteilte, wird die Gedenkrede von Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier gehalten. Zu der Feier werden als Ehrengäste der Bundespräsident, die Abgeordneten des Bundestages, die Mitglieder des Bundesrates, die Bevollmächtigten der Länder und das diplomatische Korps eingeladen.

Der Bundesinnenminister hat die Ministerpräsidenten gebeten, in den Ländern entsprechende Feiern zu veranstalten. Er hat ferner die Sport- und Jugendorganisationen der Bundesrepublik aufgerufen, sich am

## FDJ unerwünscht

Bonn (DPA). Der Vorstand des Deutschen Bundesjugendringes hat es abgelehnt, eine Beobachterdelegation der FDJ zur bevorstehenden Vollversammlung des Bundesjugendringes zu empfangen. Eine nach Bonn entsandte Botin wurde zurückgeschickt.

## Die gewaltigste Energiefreigabe

Bericht von der amerikanischen H-Bomben-Explosion

(DPA/AP). Mehrere tausend Meter über der kleinen Pazifikinsel Namu detonierte am Montagmorgen kurz vor Morgenrauen die erste von einem Flugzeug abgeworfene amerikanische Wasserstoffbombe. Die Schätzungen, wie stark diese erste transportable Wasserstoffbombe der USA war, schwanken zwischen zehn und zwanzig Megatonnen (eine Megatonne entspricht einer Million Tonnen TNT-Sprengstoff). Der Atomfachverständige der „New York Times“, der dem Versuch beiwohnte, ist der Ansicht, daß es überhaupt die gewaltigste Energiefreigabe war, die je auf der Erde vor sich ging.

Um 05.51 Uhr wurde die Dunkelheit am Horizont jäh von einer blendenden Helle zerrissen. Ein gewaltiger Feuerball, so hell, daß er selbst unsere durch dicke dunkle Gläser geschützten Augen blendete, leuchtete zuerst silbrig-weiß auf und verwandelte seine Farbe dann in Cremeweiß, dann in Orange und schließlich in Rot. Ein Beobachter, der einen vorsichtigen, raschen Blick über den Rand seiner Schutzbrille

wagte, fuhr wie vom Blitz getroffen zurück und verschanzte seine Augen eiligst wieder hinter dem dunklen Glas.

Ein Pfeil stieg empor

Mit Sekundenschnelle hatte der Ball einen Anfangs-Durchmesser von etwa 5 km erreicht. Vom Horizont stieg die Spitze eines strahlenden roten Pfeils — eines erleuchteten Wolkengebirges — mit riesiger Geschwindigkeit empor. Man hätte denken können, daß dieser Pfeil auf den Ball hinwies, der, so schien es mir, allmählich die bekannte Pilzform annahm. Über dem Zielgebiet, der Insel Namu am Nordwestende des Fikiai-Atolls, bildete sich eine breite, niedrigliegende Schicht schmutziggrauer Wolken aus Staub und Flüssigkeitsteilchen, die durch die Wirkung der Explosion in die Luft geschleudert wurden.

## CDU-Vorstand jetzt vollständig

Ergänzungswahlen in Bonn

Bonn (Eigenbericht). Die CDU hat in Bonn ihren Vorstand vervollständigt. Zu dem ersten Vorsitzenden Dr. Adenauer und seinen vier Stellvertretern, Bundesminister Jakob Kaiser, Bundesratspräsident von Hassel, Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier und dem früheren Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, wurde noch ein dreiköpfiger geschäftsführender Vorstand hinzugewählt. Ihm gehören Bundesinnenminister Dr. Schröder, der Vorsitzende des Außenpolitischen Bundestagsausschusses, Kiesinger, und der frühere Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Meyers, an. Diese drei Politiker sollen vor allem zusammen mit dem Bundesgeschäftsführer der CDU,

Dr. Bruno Heck, den Wahlkampf 1957 vorbereiten und organisieren.

Dem Vorstand der CDU gehören außerdem satzungsgemäß neuerdings der Hauptgeschäftsführer, ferner der Bundestagspräsident, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion (Dr. Krone) und sein Stellvertreter (Cillien), der Bundesschatzmeister (Bach) und weitere zehn Mitglieder an.

Der Bundesausschuß, der in Bonn die entsprechenden Wahlen vornahm, bestimmte als diese zehn Mitglieder: Johannes Albers, Bernhard Bauknecht, Dr. J. E. Gradi, Fritz Hellwig, Hermann Lindrath, Edo Osterloh, Dr. Zimmer, Anne Brauksipe und Luise Rehling als Vertreter der Frauen und der frühere Staatssekretär Dr. Otto Lenz.



## Niemals Verzicht auf die Heimat!

### Jakob Kaiser auf dem Sudetendeutschen Tag

Nürnberg (AP/DPA). Auf dem „Sudetendeutschen Tag 1956“ in Nürnberg, an dem über Pfingsten etwa 500 000 der im Bundesgebiet lebenden drei Millionen Sudetendeutschen teilnahmen, hat Bundesminister Jakob Kaiser betont, eine Entspannungspolitik zwischen Ost und West könne nur dauerhaften Erfolg haben, wenn sie zugleich auch Wiedervereinigungspolitik ist. Es gebe keine echte Entspannung, wenn die deutsche Frage nicht im Geist von Recht und Gerechtigkeit gelöst wird.

Hier sei der Punkt, so fuhr Kaiser fort, an dem die deutsche Politik immer wieder ansetzen hat, „mag man es in der Welt gerne hören oder nicht“. Die Verantwortung für alle Deutschen diktiere die Politik der Bundesregierung, durch friedliche Verhandlungen den Weg zu einer gesamtdeutschen Regierung zu suchen.

„Im Einvernehmen mit den Westmächten wird die Verständigung mit der Sowjetunion immer wieder gesucht werden müssen.“ Selbstverständlich gehe es dabei nicht um eine Verständigung um jeden Preis. „Niemals werden wir die Freiheit und das Heimatrecht für uns alle und für unsere Vertriebenen aus dem Auge verlieren.“ Es werde Aufgabe der gesamtdeutschen Regierung sein, die territoriale Frage bei den Verhandlungen über einen Friedensvertrag aufzurollen und das Recht auf die Heimat zur

Anerkennung zu bringen. Mit dem Gewaltakt der Vertreibung sei nicht das letzte Wort über das Schicksal der Sudetendeutschen gesprochen.

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer übersandte dem „Sudetendeutschen Tag“ ein Grußtelegramm, in dem es heißt, daß die SPD auch in Zukunft ihre

ganze Kraft einsetzen werde, um durch eine Politik des Friedens und der Freiheit für alle Völker das Recht auf die Heimat zu verwirklichen. Am Vortage hatten die Sudetendeutschen auf das schärfste gegen eine Äußerung des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Greve protestiert, daß die Wiedervereinigung den Vorrang vor einer Zurückgewinnung der Ostgebiete habe und die sudetendeutsche Forderung mit „Raub fremden Staatsgebietes“ gleichzusetzen sei.

In Grußadressen forderten 40 Mitglieder der amerikanischen Parlamente die Möglichkeit zur Rückkehr aller Vertriebenen in ihre angestammte Heimat.

## Iljinskij will nicht zurück

### Deutsche Verbalnote an Sorin

Bonn (AP). Die Bundesregierung hat in einer Verbalnote die sowjetische Beschuldigung zurückgewiesen, daß der sowjetische Staatsbürger Iljinskij widerrechtlich in der Bundesrepublik zurückgehalten werde. Das Auswärtige Amt beantwortete damit eine Note der sowjetischen Botschaft vom 16. März.

In der Verbalnote wird mitgeteilt, daß Iljinskij, ein Artist, Anfang Februar auf der Fahrt

zu einem Gastspiel nach Belgien bei Aachen aus dem Zug gesprungen ist und die Bundesbehörden um Asyl gebeten hat. Er hält sich gegenwärtig in dem Bundessammellager für Ausländer in Nürnberg auf und hat sich nur widerstrebend bereit erklärt, mit Vertretern der Sowjetbotschaft zusammenzutreffen.

Iljinskij sei, so heißt es in der Note, „in voller Absicht und aus freien Stücken“ in der Bundesrepublik zurückgeblieben, er habe aber jederzeit die Möglichkeit, wenn er es wolle, in die Sowjetunion zurückzukehren. Die Bundesregierung habe aber nicht das Recht, ihn zur Rückkehr in die Sowjetunion zu bewegen.

## Woche der Kongresse in Berlin

### Arbeitstagungen des Europarats — Heuss-Besuchs

Berlin (Eigenmeldung). Zum erstenmal tagen vom 24. bis 26. Mai zwei Ausschüsse der Beratenden Versammlung des Europarates in Berlin. Wie Präsident Brandt mitteilte, kommt der Ausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten sowie der Unterausschuß für Grenzformalitäten. Außerdem ist der Vorsitzende des sogenannten Ostausschusses anwesend. Mit diesen Ausschüssen tagt gleichzeitig der Gesamtdeutsche Ausschuß des Bundestages in Berlin.

Am 24. Mai finden Arbeitssitzungen der Ausschüsse statt, denen sich die Verleihung des Europa-Preises an Berlin im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses anschließt.

Den Abschluß der Tagung bildet eine gemeinsame Sitzung

der Europaratsmitglieder mit dem Gesamtdeutschen Ausschuß sowie Vertretern des Senats und des Abgeordnetenhauses am Vormittag des 26. Mai. Ein Empfang des Regierenden Bürgermeisters, der im Beisein von Bundespräsident Heuss stattfindet, beendet das Berliner Programm der Vertreter des Europarates.

Brandt wies darauf hin, daß etwa im gleichen Zeitraum, also in der Woche nach Pfingsten, Bundespräsident Heuss Berlin besuchen wird und außerdem der Internationale Kongreß der Zeitungsverleger sowie der Kongreß der deutschen Bibliothekare und am Sonnabendnachmittag der Fußball-Länderkampf Deutschland — England stattfinden, zu dem zahlreiche Kartenbestellungen aus Straßburg und Bonn vorlägen.

## Deutscher Ausfuhrrekord

Bonn (VWD). Die Ausfuhr der Bundesrepublik erreichte im April einen Rekordstand von 2689 Mill. DM. Sie übertraf das Ergebnis des gleichen Vorjahresmonats um 33,6 % und das Ergebnis des Monats März um 14,6 %.

Die Einfuhr lag mit 2232 Mill. D-Mark nur um 12,9 % über dem gleichen Monat des Vorjahres, so daß sich ein ungewöhnlich hoher Ausfuhrüberschuß von 407 Mill. DM im April ergibt.



So sind sie wirklich:

## Der Milchmann aus Tempelhof

Von einem Volksbildungsminister besitzt ein demokratisches Staatswesen ganz bestimmte Vorstellungen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß im kommunistischen Staat andere Normen gelten, rückt die Figur des sowjetzonalen Ministers für Volksbildung, Fritz Lange (SED), in ein seltsames Licht. Und es mag erschrecken, daß dieser Mann in Leipzig einen „Pädagogischen Kongreß“ leitete, der für sich behauptete, eine „für ganz Deutschland gültige Schulnorm“ ausgearbeitet zu haben.

Fritz Lange ist, mit vielen Unterbrechungen, ganze vier Jahre Lehrer gewesen. Auch das liegt ein halbes Menschenalter zurück. Im November 1898 in Berlin geboren, wurde Lange als 13jähriger Kursant der Lehrerbildungsanstalt Neuruppin Soldat, um die Offizierslaufbahn einzuschlagen. Ehe es dazu kam, war der Krieg verloren. Lange sattelte um, wurde Soldatenrat und blieb bis 1919 bei der Truppe. Dann stieß er zu Liebknechts USPD. Er legte eine erste Lehrprüfung ab und wurde Volksschullehrer in Berlin-Neukölln. Seine Schultätigkeit stand hinter der politischen weit zurück. Als Mitglied der KPD wurde Lange hauptamtlicher Funktionär der „Jungen Pioniere“. 1924 mußte man ihn aus dem Schuldienst entfernen, nachdem er diesen willkürlich unterbrochen hatte, um an einer Ausbildung in der Sowjetunion teilzunehmen.

### „Ich stehe auf zwei Füßen“

Lange wurde Bezirks- und später Stadtverordneter der KPD. Die Partei gab ihm darüber hinaus einen Redakteurposten an der „Roten Fahne“. Daneben war Lange Besitzer eines gutgehenden Tempelhofer Milchgeschäftes, das zur politischen Tarnung unter dem Mädchennamen seiner Frau eingetragener war. „Ich stehe auf zwei Füßen...!“ pflegte er damals zu scherzen. „Tagsüber im Milchladen bin ich Kapitalist, abends in der Redaktion Sozialist.“ Die kommunistischen Kollegen nannten ihn etwas spöttisch den „Milchmann aus Tempelhof“.

## FRITZ LANGE



Die Nazis brachten ihn für kurze Zeit ins KZ. Nach seiner auffallend raschen Entlassung arbeitete Lange illegal. Er pachtete einen Zigaretten- und Süßwareniosk am Flugplatz Tempelhof, um hier für eine sowjetische Gruppe Militärspionage zu betreiben. Es ist niemals geklärt worden, warum Lange als einziger dieser Gruppe am Leben blieb. Zwar wurde er 1942 erneut verhaftet, aber nur wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Fünf Jahre Zuchthaus waren damals, in der Zeit des Schreckens, eine relativ geringe Strafe. Nach der Befreiung durch die Sowjets hat es lange Zeit gedauert, bis die Kommunisten ihr Mißtrauen gegen den daheimgebliebenen Kollegen verloren.

Lange wurde im September 1945 von den Sowjettruppen als Oberbürgermeister in Brandenburg/Havel eingesetzt. Nebenbei leitete er die Entelgnungskommission des Landes Brandenburg. Unermeßliche Werte haben damals Lange und seine Parteifreunde für sich privat auf die Seite geschafft. Noch heute besitzt Lange eine wertvolle Gemäldesammlung in seiner Villa in Pankow-Niederschönhausen, die in dieser Zeit „eingerrichtet“ wurde. 1948 über-

nahm Lange den „Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums“, die spätere „Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle“. Diese berühmte Kommission, verantwortlich für Massenverhaftungen und Schauprozesse unter der technischen und wirtschaftlichen Intelligenz, bestand in ihrer Spitze nur aus Familienangehörigen des Fritz Lange. Er hatte seinen Bruder, zwei Schwäger und einen Onkel dort placiert. Erst im November 1954 löste die SED diesen Familien-Trust auf, indem sie Lange mangels anderer Beschäftigungsmöglichkeit zum „Volksbildungsminister“ ernannte.

### Der „Berufspatriot“

1950 wurde Lange Kandidat des Zentralkomitees der SED. Als „Volkskammerabgeordneter“ hatte er den Bezirk Cottbus zu vertreten. Heute ist er darüber hinaus Mitglied des Präsidiums des Ministerrats. Seine „Volksbildungsaufgaben“ jedoch hat er bislang auf andere Art versehen. Lange wurde zum „Berufspatrioten“ der SED. Als diese Partei vor wenigen Jahren ihre „nationale Sendung“ entdeckte, war Lange derjenige Kommunist, der bis dahin nicht durch andersartige Veröffentlichungen bekanntgeworden war. So verlegte er sich nun — kraft seines Amtes als Volksbildungsminister — auf die „nationale Erziehung“. Die Geschichte der Befreiungskriege wurde sein Steckenpferd und politisches Reservat. Der Milchmann aus Tempelhof schrieb dicke Bücher über Scharnhorst und Gneisenau, suchte die SED-Politik von den nationalen Traditionen der ersten beiden Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts abzuleiten. Der abgerutschte kommunistische Volksschullehrer war vom Milchwagen zu Lützows wilder Jagd geraten. Schlimmer ist, daß Männer wie Lange heute Schulreformen ausarbeiten dürfen, mit denen die SED „auf gesamtdeutscher Grundlage“ diskutieren will. Man mag sich fragen, ob selbst ein solches System wie das der SED nicht über andere Männer zu diesem Zweck verfügt...



## Pieck und die Gefangenen

### Politische Häftlinge werden als Schacherobjekt benutzt

Die SED ist seit Wochen bemüht, eine Umkehr der Diktatur vorzutauschen. Der Westen hat dies zum Anlaß genommen, um nochmals nachdrücklich für die Freilassung der rund 20 000 politischen Gefangenen in der Zone einzutreten. Die SED hat daraufhin erkennen lassen, daß sie jeden Gefangenen als Geisel für politische Geschäfte betrachtet wissen will. Als der Westen seine Forderungen unmißverständlich wiederholte, hat Pieck einen Brief an den Bundespräsidenten gerichtet, in dem „Freiheit für alle eingekerkerten westdeutschen Patrioten“ gefordert wird.

Mit diesem Brief Piecks hat die SED das Schicksal der politischen Gefangenen zu besiegeln versucht. Die SED versucht, die ihr unangenehme Diskussion auf ein Fahrwasser zu lenken, in dem sie sich besser zu Hause fühlt als in den Rechtsbegriffen der Demokratie.

### „Zehntausend Patrioten“

Jedermann weiß, daß die Kommunisten in der Bundesrepublik ein Höchstmaß demokratischer Freiheiten genießen und — zu benutzen wissen. Die Handvoll kommunistischer Verschwörer, die schließlich tatsächlich von einem ordentlichen Gericht wegen einwandfreier Gesetzesübertretungen meist kurzfristig inhaftiert werden mußte, ließe sich auf einer Seite zusammenschreiben. Ihre Verurteilung erfolgte nicht, weil sie Kommunisten sind, sondern weil sie Gesetzesverletzungen begingen, für die jeder andere Bundesbürger gleichfalls vor Gericht erschienen wäre.

Pieck dagegen spricht wohlweislich von „mehr als 10 000 politischen Ermittlungsverfahren“, die in der Bundesrepublik gegen „westdeutsche Patrioten“ anhängig seien. Sowjetzonale Organisationen haben in den letzten Tagen einige derartige Listen kursieren lassen. Daraus geht hervor, was die SED unter der „politischen Verfolgung“ westdeutscher Patrioten (sprich: Kommunisten) versteht. Ein während einer kommunistischen

Demonstration in Hamburg gegen die Polizei tätlich gewordener „Friedenskämpfer“, der zwecks Personalfeststellung auf das nächste Revier geholt und nach einer halben Stunde

## Unterwanderung dulden?

Die SED spekuliert auf das Argument: „Laßt doch die Handvoll Kommunisten im Westen frei, wenn dafür die politischen Gefangenen der Zone freikommen können!“ Auch hier hat Pieck eindeutig zu verstehen gegeben: Die politischen Gefangenen in der Zone sind „kriminelle Elemente“, die im Dienste von „Agentenzentralen“ Verbrechen begangen hätten. Die SED müßte sich die krampfhaft festgehaltene Maske der Demokratie vom Gesicht reißen, wollte sie etwas anderes zugeben. Die wenigen im Westen inhaftierten Kommunisten aber sind „deutsche Patrioten, die nur wegen ihres tapferen Eintretens für die Demokratie eingekerkert wurden“. Wie soll man bei solcher Sprachverwirrung mit den Kommunisten reden?

Gewiß kann man einen Kommunisten, der in der Bundesrepublik ein Untergrundnetz mit Spionageverflechtung aufgebaut hat, einfach über die Grenze abschieben: „Da, werdet mit ihm glücklich!“ Aber was käme dabei heraus? Die SED

wieder freigelassen wurde, fällt unter die Kategorie der von einem „politischen Ermittlungsverfahren“ Bedrohten. Allein die Tatsache dieser „polizeilichen Feststellung“ stempelt ihn zum „politisch Verfolgten“. Es läßt sich an Hand der fast täglichen kommunistischen Krwallaktionen im Bundesgebiet und in Westberlin ermesen, wie oft hier die Staatsgewalt ungewollt mit den randalierenden Kommunisten in Händel geraten muß. Wer aber möchte etwas Ähnliches aus der Zone berichten, wo bereits eine politische Äußerung im kleinen Kreis ins Zuchthaus führen kann!

hat keine einzige Zusage gegeben, daß sie dafür verhaftete Zonenbewohner freilassen werde. Zwar hat Otto Nuschke als vorgeschobener Sprecher die Freilassung „weiterer politischer Gefangener“ angekündigt, aber wer wird dies sein? Die SED kann sich nicht freikaufen, indem sie die während der schlimmsten Apokalypse wahllos Verhafteten nun auf dem Wege einer Amnestie etwas vorzeitig „begnadigt“ oder wieder einmal unkontrollierbare Entlassungen sonstiger Strafgefangener verfügt. Und der „Kopftausch“? Die Bundesrepublik kann nicht soviel Kommunisten freilassen, um allein eine der hundert Volkspolizeihafenanstalten, abgesehen von den Zuchthäusern und Gefängnissen, „freizukaufen“. Und: Soll die Bundesrepublik damit den Kommunisten einen Freibrief geben für die weitere kommunistische Unterwanderung? Soll der Westen die im Schatten demokratischer Gesetze gefährliche Unterwanderung dulden?

Hier geht es weder um einen „Kopftausch“ noch um kommunistische Täuschungsmanöver. Hier geht es um die Rechtsgrundlage eines Staates. Wenn die Menschen der Zone einen Bruchteil jener politischen Freiheit genießen wie die Kommunisten in der Bundesrepublik, hätte Wilhelm Pieck keine Briefe mehr zu schreiben. Das sind die Tatsachen und jeder-mann mag sie prüfen.

## Haftverschärfungen in der Zone

### Keine Möglichkeit des Ankaufs zusätzlicher Lebensmittel

Berlin (AP/DPA). Die Lebensbedingungen für die Häftlinge in den sowjetzonalen Strafanstalten haben sich erneut verschlechtert. Wie der Untersuchungsausschuß freiheit-

licher Juristen erfährt, wurden die bisher zulässigen Geldsendungen von Angehörigen der Inhaftierten untersagt. Dadurch entfalle die Möglichkeit, zusätzliche Lebensmittel zu kaufen.



## Vier Jahre in Pankows Kerkern

Westberliner Journalist berichtet über die Zonen-Justiz

Berlin (Eigenbericht). Mit matter Stimme, immer wieder stockend, gab der Westberliner Journalist Herbert Kluge vor der Berliner Pressekonferenz einen Bericht über seine Erlebnisse in der sowjetzonalen Haft.

Kluge, Vater von fünf Kindern, ist am 19. Juni 1952 an der Zonengrenze Juchhöhtöpen bei der Ausweiskontrolle festgenommen worden. Ihm wurde nie recht klar, wie es zu diesem Übergang von Vopo kam, zumal ihm von dem damaligen Informationsminister Gerhart Eisler versichert worden war, er könne unbeschadet durch die Zone fahren. Was man an sachlich belastendem Material bei Kluge fand, waren lediglich Durchschläge einiger Empfehlungsschreiben von Politikern der Bundesrepublik an den Süddeutschen Rundfunk, bei dem sich Kluge vorstellen sollte, und ein Packen westdeutscher Zeitungen.

### Kluge wollte fliegen

Zwei Umstände gaben dieser Verhaftung einen besonders tragischen Akzent: Einmal, daß Kluge ursprünglich fliegen wollte und nur, weil die Flugzeuge an diesen Tagen besetzt waren, den Omnibus benutzte, zum anderen, daß ihm, wie er erklärte, von einem verständnisvollen Volkspolizisten an der Zone die Gelegenheit zur Flucht gegeben worden sei. Er habe sie aber im Vollgefühl seiner Schuldlosigkeit nicht ausgenutzt.

Erst nachdem Kluge mehrere Tage lang von einer Vopo-Station zur anderen gebracht worden war, wurde er, an Händen und Füßen gefesselt, nach Gera geschafft. Er wurde in Einzelhaft gesteckt. Über seinem Bett brannte die ganze Nacht hindurch eine hundertkerzige Lampe, und er wurde viele Nächte lang jede Viertelstunde geweckt. „Diese Methode“, so sagte Kluge, „bringt auch den kräftigsten Mann in kurzer Zeit dazu, alles zuzugeben, was man von ihm verlangt.“

Die Verhöre, vornehmlich von einem Oberrat Rödel vorgenom-

men, dauerten meist sechs bis acht Stunden und erfolgten nur nachts. Rödel, so erklärte Kluge, schrieb in das Protokoll meist das Gegenteil von dem, was man gesagt hatte, so daß die Vernehmungen dann von neuem begannen. Die nächtlichen Torturen hörten erst auf, nachdem der Journalist verzweifelt dagegen protestierte und beim Staatsanwalt auf die auch in der Zone anerkannten Menschenrechte aufmerksam gemacht hatte.

### Im KZ-Stil

Der Prozeß gegen Kluge fand statt, ohne daß er Zeit bekommen hatte, sich darauf vorzubereiten. Sein Verteidiger, Dr. Paul, war kurze Zeit vorher nach Westdeutschland geflohen, so daß auch entlastendes Material, das sich in den Händen des Juristen befand, von der Vopo beiseite geschafft werden konnte. Das Urteil lautete auf 15 Jahre Zuchthaus und wurde vor allem mit „Boykothetze“ begründet.

Im Zuchthaus wurde Kluge über ein Jahr lang in Einzelhaft gehalten. Die Häftlinge setzten sich anfangs aus einem Drittel politisch Verurteilter, aus einem Drittel „Wirtschafts-

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Buxenstein, GmbH.

verbrecher“ und einem Drittel Krimineller zusammen. Inzwischen sei, so sagte Kluge, der Prozentsatz der politischen Häftlinge auf über zwei Drittel gestiegen.

In der letzten Zeit war Kluge auch in einer Großunterkunft mit 220 Mann untergebracht. „Im KZ-Stil“ mußten hier die Menschen zusammengepfercht auf Holzpritschen liegen. Die Verpflegung sei in den letzten Monaten wesentlich schlechter geworden.

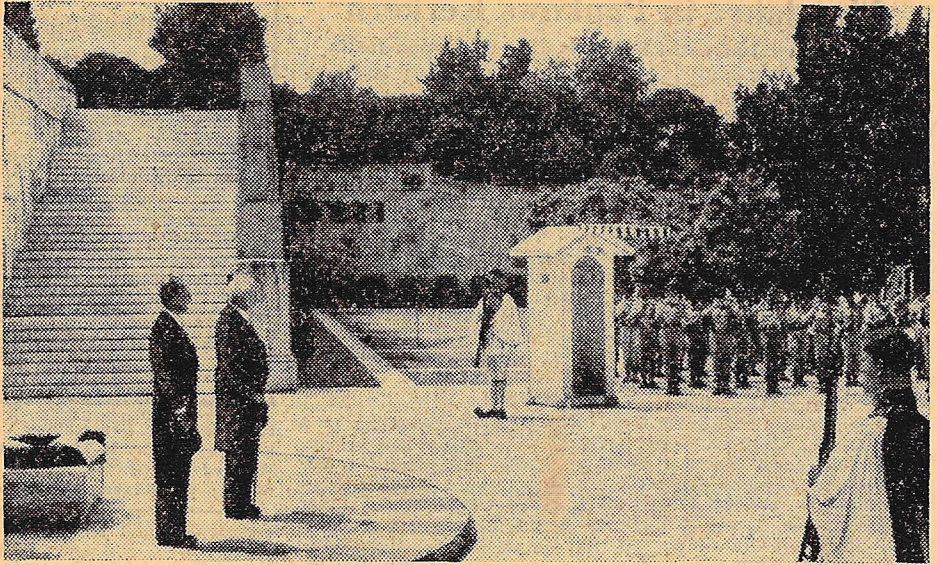
## Wandlung ist nicht Verwandlung

(Fortsetzung von Seite 2)

heute auch den friedlichen, den parlamentarischen, und das heißt den Weg der Trojanischen Pferde gäbe. Aber er hat auch ein neues Bekenntnis zur alten Methode der revolutionären Gewalt abgelegt, die in den Fällen angewandt werden soll, in denen es, kurz gesagt, „nicht anders geht“. Aus dieser Formel des kommunistischen „Glaubensbekenntnisses“ hören wir weniger eine pathetische Prophezeiung, sondern den kämpferischen Ruf, das andere zu stürzen und den Kommunismus an seine Stelle zu setzen. Das ist die der übrigen Welt feindliche Doktrin, die Unfrieden, Mißtrauen und Feindschaft nach außen verbreitet.

Jeder Doktrinarismus, das heißt das starre Festhalten an ideologischen Konzeptionen und unbeweisbaren Theorien, die meist noch der Wirklichkeit widersprechen, ist der Feind Nummer 1 jeder verständigen Politik in und zwischen den Völkern. Mit gutem Grund hat Bundespräsident Heuss in seiner Ansprache an Winston Churchill von dem „Fluch des politischen Doktrinarismus“ gesprochen, der auf der heutigen Generation laste. Ihm verdanken wir in der Tat die besondere Größe des Weltunglücks, das Hitler mit dem Kriege einleitete und Stalin nach dem Kriege fortsetzte.





**BILDER DER WOCHE.** Oben: Bundespräsident Heuss, legte bei seinem Staatsbesuch in Griechenland an dem „Gefallenenenhnmal in Athen einen Kranz nieder. — Unten: Unruhiges Zypern. Ein britischer Soldat gibt der Frau eines Kameraden beim Einkauf bewaffneten Geleitschutz

